

Aus der Fraktion

Thorsten Schick zu Erfolgen in der Bildungspolitik und der heutigen Landespresskonferenz

„Kinder und Bildung stehen im Mittelpunkt unserer Politik“

Mehr Lehrkräfte, mehr Sozialarbeiter, mehr Alltagshelfer, mehr Studienplätze, bessere Besoldung unserer Lehrer – das ist nur ein Teil des Erfolges in der Bildungspolitik der schwarz-grünen Zukunftskoalition, den Ministerpräsident Hendrik Wüst am Donnerstag vor der Landespresskonferenz vorgestellt hat. Dazu erklärt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Thorsten Schick:

„Kinder stehen im Mittelpunkt unserer Politik. In keinem anderen Bundesland gibt es so viele Schülerinnen und Schüler wie bei uns in Nordrhein-Westfalen. Für diese jungen Menschen wollen wir die besten Chancen von Anfang an. Für sie packen wir an und können bereits heute eine gute Zwischenbilanz vorlegen. Alle Kinder haben beste Bildungschancen verdient. Deshalb führen wir erfolgreich einen Kampf gegen den Lehrermangel.

Wir konnten die Zahl unbesetzter Lehrerstellen senken und haben in den vergangenen anderthalb Jahren über 7000 Personen neu in den Schuldienst bringen können – trotz Fachkräftemangels. Zwischen Dezember 2022 und Anfang Juni 2024 sind mehr als 5600 zusätzliche Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeiter, Schulpsychologinnen und -psychologen an unsere Schulen gekommen. Zwischen April 2023 und Juni 2024 haben wir zudem mehr als 1500 Alltagshelfer an unsere Grund- und Förderschulen geholt. Die Verbesserungen in den Kollegien zeigen Wirkung. Wir haben in den ersten knapp zwei Jahren dieser Wahlperiode 465 neue Studienplätze für Lehrer geschaffen. Jede und jeder, der in Nordrhein-Westfalen Lehramt studieren möchte, kann das auch tun.

Den Wert guter Bildung für junge Menschen kann man gar nicht hoch genug ansetzen, man kann ihn aber konkret beziffern: Im Haushaltsplan 2024 sind Bildungsausgaben in Höhe von insgesamt 38,7 Milliarden Euro enthalten. Bei einem Gesamtvolumen des Landesetats von etwa 100 Milliarden Euro fließt somit mehr als jeder dritte Euro in gute Bildung. Und jeder Cent davon ist richtig investiert.“

Gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

„Kulturelle Bildung stärken: Die Tür zu Kultur muss allen offenstehen“

Kulturelle Bildung ermöglicht eine breite kulturelle Teilhabe für alle Generationen. Sie stärkt die persönliche und soziale Entwicklung, fördert den sozialen Zusammenhalt, kräftigt das Urteilsvermögen junger Menschen und ist unverzichtbar für eine weltoffene Gesellschaft und Verständigung. Um Programme für Kulturelle Bildung zu stärken, bringen die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP am (heutigen) Mittwoch einen entsprechenden Antrag in den Landtag von Nordrhein-Westfalen ein.

Dazu erklären die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen, **Heike Wermer** (CDU), **Andreas Bialas** (SPD), **Frank Jablonski** (Grüne) und **Yvonne Gebauer** (FDP):

„Die Kultur in Nordrhein-Westfalen ist vielfältig und verbindet. Wir wollen, dass kulturelle Bildung alle in unserer Gesellschaft anspricht – und das bestenfalls lebenslang.

Die größte Chance dafür besteht darin, im Kindes- und Jugendalter die Neugier auf Kunst und Kultur zu wecken. Wir sorgen deshalb dafür, dass Kindern unabhängig von der finanziellen Ausstattung des Elternhauses die Tür zu Kultur offensteht. Beispiele dafür sind die Programme ‚JeKits‘ (Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen) und der Kulturrucksack NRW. Dafür stehen im Haushalt 2024 zusammen mehr als 22 Millionen Euro bereit.

Die Programme der Kulturellen Bildung sollten so gestaltet sein, dass sie unterschiedliche Zielgruppen erreichen und bestenfalls miteinander verzahnen. Sie gelingen dort am besten, wo Kultur- sowie Bildungseinrichtungen, Künstlerinnen und Künstler, durch ehrenamtliches Engagement getragene Vereine, kommunale Verwaltungen, Schule, Jugend und Soziales zusammenarbeiten.

Deshalb beauftragen wir die Landesregierung, die bisherigen geförderten Programme Kultureller Bildung zu überprüfen, so dass Kindertagesstätten, Schulen, Künstlerinnen und Künstler sowie kulturelle Institutionen noch besser zusammenarbeiten können.“

Gemeinsame Erklärung der Landtagsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP:

„Kinderschutz ist kein Projekt, sondern ein fortlaufender Prozess“

Heute wurde im Landtag NRW der Zwischenbericht der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderschutzkommission) vorgestellt. Dazu äußern sich die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion Christina Schulze-Föcking sowie die Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen in der Kinderschutzkommission Dennis Maelzer (SPD), Norika Creuzmann (Grüne) und Marcel Hafke (FDP) wie folgt:

„Seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode hat sich die Kinderschutzkommission des Landes Nordrhein-Westfalen intensiv mit verschiedenen Aspekten des Kinderschutzes auseinandergesetzt. Dabei wurde klar, dass es zahlreiche Faktoren und Umstände gibt, die eine Gefahr für Kinder und Jugendliche darstellen. Überall, wo sich Kinder und Jugendliche aufhalten, besteht auch die Gefahr, dass sie Gewalt erfahren. Diese Gewalt kann sich in verschiedenen Formen manifestieren, darunter körperliche, psychische und sexuelle Übergriffe. Es gibt nicht „den einen“ Täter. Im öffentlichen Bewusstsein ist noch zu wenig verankert, dass auch Frauen und Gleichaltrige Gewalt ausüben können. Auch die eine Täter-Strategie gibt es nicht. Es ist selten der Fremde, der Kinder auf der Straße anspricht. Es sind Menschen, denen die Kinder vertrauen und die sie kennen. Die Orte, an denen Gewalt stattfindet, sind vielfältig und umfassen Familien, Schulhöfe, Sportvereine sowie auch das Web und soziale Medien.

Forschung und Maßnahmen zur Peer-to-Peer-Gewalt

Die Ursachen für Gewalt unter Jugendlichen sind bisher wenig erforscht. Dies muss sich aus unserer Sicht dringend ändern. Forschungsergebnisse müssen in wirksame Präventionsangebote einfließen. Internet und soziale Medien bergen mitunter Gefahren für Kinder und Jugendliche. Junge Menschen müssen deshalb frühzeitig in ihrer Medienkompetenz gestärkt werden. Digitale und analoge Gewalt sind gleichermaßen ein Problem, oft gehen sie auch fließend ineinander über.

Fokus auf Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen

Ein besonderes Augenmerk muss dem inklusiven Kinderschutz gelten. Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen sind eine besonders vulnerable Gruppe, die in der Vergangenheit nicht ausreichend im Fokus des Kinderschutzes stand. Hier muss dringend nachgebessert werden. Schutzkonzepte müssen den besonderen Bedürfnissen angepasst und individualisierter werden, und Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe müssen entsprechend geschult beziehungsweise nachgeschult werden.

Kinderschutz an gesellschaftliche Veränderungen anpassen

Generell lässt sich feststellen, dass Gefahren für Kinder gesellschaftlichen Veränderungen unterliegen. Das öffentliche Bewusstsein für den Schutz der Kinder muss dauerhaft gestärkt werden. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass wir als Politikerinnen und Politiker sehr wachsam bleiben, Anpassungsbedarfe erkennen und Gesetze sowie Maßnahmen dementsprechend ausrichten. Denn Kinderschutz ist kein Projekt, sondern ein fortlaufender Prozess und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe!“

Höller/Katzidis: Der Unabhängige Polizeibeauftragte in NRW kommt

Die Fraktionen von CDU und Grünen haben in dieser Woche einen Entwurf für das „Gesetz über die unabhängige Polizeibeauftragte oder den unabhängigen

Polizeibeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen" beschlossen. Der Gesetzentwurf der regierungstragenden Fraktionen durchläuft jetzt das reguläre parlamentarische Verfahren. Als erster Schritt wird der Gesetzentwurf im Juli in erster Lesung im Landtag diskutiert. Dazu erklären die innenpolitischen Sprecher der Fraktionen **Julia Höller (GRÜNE)** und **Christos Katzidis (CDU)**:

Julia Höller: „Der Unabhängige Polizeibeauftragte ist ein weiterer wichtiger Schritt für eine bürgerorientierte und professionelle Polizei mit einer modernen Fehlerkultur. Wir stärken damit Bürgerrechte und die Rechte der Polizistinnen und Polizisten. Bei Beschwerden oder Fragen können sich Bürgerinnen und Bürger sowie Beschäftigte der Polizei künftig nun auch in Nordrhein-Westfalen niedrigschwellig, vertrauensvoll und direkt – ohne Einhaltung des Dienstweges – an den/oder die Polizeibeauftragte wenden. Diese neue Anlaufstelle erhöht weiter das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei und stärkt die allergrößte Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten, die Tag für Tag mit größter Gewissenhaftigkeit im Einsatz sind und hervorragende Arbeit leisten. Damit der oder die Polizeibeauftragte effektiv arbeiten kann, stellen wir die Stelle mit den notwendigen Befugnissen aus. Die Stelle erhält zum Beispiel Einsicht in die für den Sachverhalt relevanten Akten und kann Sachverständige und Zeuginnen und Zeugen anhören. Als Parlament haben wir durch den Austausch die Möglichkeit, einen weiteren und neutralen Einblick in die Arbeit der Polizei zu bekommen und auf mögliche strukturelle Mängel zu reagieren. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir Doppelbefassungen und unnötigen Verwaltungsaufwand vermeiden. Wir werden den Gesetzentwurf als Fraktionen im Juli ins parlamentarische Verfahren bringen. Die Wahl des oder der Polizeibeauftragten durch das Parlament wird nach der Verabschiedung des Gesetzes erfolgen.“

Christos Katzidis: „Unser Ziel ist, das Vertrauen in die Polizei von Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken, denn mit großem Engagement und Kompetenz setzen sich die Frauen und Männer in Uniform für unser Gemeinwesen ein. Die Tragödie von Mannheim hat gezeigt, welches hohe Risiko für Leib und Leben unsere Polizisten täglich auf sich nehmen. Im Einsatz müssen sie unter Hochdruck Entscheidungen treffen, hier kann es immer zu Konfliktsituationen kommen. Aus diesem Grund gibt es bereits ein etabliertes Beschwerdemanagement der Polizei, das jedes Jahr die ganz überwiegend rechtsstaatliche, professionelle und bürgerorientierte Polizeiarbeit dokumentiert. Nun kommt ein Polizeibeauftragter beim Landtag. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer wird diese Person vor allem zwei Arbeitsbereiche umfassen: Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern in konkreten Sachverhalten mit Polizeikontakten. Um subjektive Hürden zu senken, wird das neue Amt eine unabhängige Stelle außerhalb der behördlichen Strukturen der Polizei bilden. Das weitere Aufgabenfeld wird darin liegen, Ansprechpartner für innerpolizeiliche Angelegenheiten zu sein, an den sich auch Polizisten selbst wenden können.“

Aus der Landesregierung

Spitzenforschung Forschung „made in NRW“ präsentiert sich im Landtag

Mit 14 Exzellenzclustern liegt Nordrhein-Westfalen bundesweit an der Spitze / Große Ausstellung in der Wandelhalle

Spitzenforscherinnen und -forscher aus Nordrhein-Westfalen haben am Mittwoch, 12. Juni 2024, ihre Arbeit in der Bürgerhalle des Düsseldorfer Landtags vorgestellt. Nordrhein-Westfalen ist aktuell in der Exzellenzstrategie bundesweit das erfolgreichste Land. Von 57 bereits geförderten Exzellenzclustern entfallen 14 auf Nordrhein-Westfalen.

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Die Vielfalt und Exzellenz der Forschungslandschaft in Nordrhein-Westfalen ist einzigartig: 14 von bundesweit 57 Exzellenzclustern sind in Nordrhein-Westfalen zu Hause. Hier arbeiten die klügsten Köpfe daran, die großen Herausforderungen der Zukunft zu meistern, etwa den Kampf gegen die Volkskrankheiten, intelligente Mobilitätslösungen und ressourcenschonende Nutzung von Energie. Die Landesregierung unterstützt die Hochschulen nach Kräften bei ihren Bewerbungen um Exzellenzcluster. Mit Forschung und Lehre auf Champions-League-Niveau stärken wir den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.“

Prof. Dr. Johannes Wessels, Rektor der Universität Münster und Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Universitäten in Nordrhein-Westfalen: „Es erfüllt mich mit Dankbarkeit und auch einem gewissen Stolz, dass die nordrhein-westfälischen Universitäten in der aktuellen Förderrunde derart erfolgreich abschneiden. Spitzenforschung ist kein Selbstläufer. Vielmehr bedarf es einer gemeinschaftlichen und permanenten Anstrengung, um hochattraktive Bedingungen an unseren Universitäten bereitzustellen und so auch exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland nach NRW zu locken. Dies ist uns, auch mit Unterstützung des Landes, hervorragend gelungen. Jetzt hoffen wir, dass demnächst noch sechs weitere Cluster hinzukommen – die Voraussetzungen hierfür sind geschaffen.“

Landtagsvizepräsidentin Bervian Aymaz: „Wir haben hier an Rhein, Ruhr und Weser bisher vierzehn Exzellenzcluster. Das ist beachtlich. Und das macht deutlich, dass die Spitzenforschung in Nordrhein-Westfalen zu Hause ist. Die Entkopplung unserer Gesellschaft von fossilen Ressourcen, die beispiellose Vernetzung und die Transformation hin zur Klimaneutralität sind nur möglich, dank der Arbeit von Forscherinnen und Forschern. Nordrhein-Westfalen ist eine europaweit einzigartige Wissenschaftslandschaft – hier wird Zukunft gestaltet.“

Alle 14 Exzellenzcluster aus Nordrhein-Westfalen werden sich auch in der nächsten Runde für eine weitere siebenjährige Förderung bewerben. Außerdem haben die Universitäten Aachen, Duisburg-Essen und Köln sowie Bonn, Dortmund und Siegen

im Verbund insgesamt sechs weitere Anträge für neue Exzellenzcluster gestellt (Abgabefrist ist der 22. August). Voraussetzung für eine Projekt-Förderung als Exzellenzcluster sind herausragende Leistungen in international bedeutsamen Forschungsfeldern. Dazu gehören auch exzellente Ausbildungsmöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Chancen für junge Forscherinnen und Forscher, sich zu profilieren. Das ist den Universitäten in Nordrhein-Westfalen bislang besser als jedem anderen Land gelungen. Exzellenzcluster werden für sieben Jahre gefördert und erhalten drei bis zehn Millionen Euro pro Jahr.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft betreut das Auswahlverfahren, in dem die Anträge begutachtet werden. Am 22. Mai 2025 wird entschieden, welche Cluster gefördert werden. Förderbeginn ist der 1. Januar 2026. Die Auswahl hat auch Auswirkungen auf die Exzellenzuniversitäten: Universitäten, die den Titel „Exzellenzuniversität“ erreichen wollen, müssen über mindestens zwei Cluster verfügen, Universitätsverbände über drei.

In Nordrhein-Westfalen tragen die RWTH Aachen und die Universität Bonn den begehrten Titel einer Exzellenzuniversität. Bundesweit gibt es elf Exzellenzuniversitäten beziehungsweise -universitätsverbände. In der nächsten Förderperiode ab 2027 könnte die Zahl bis auf 15 Universitäten steigen.

Im Rahmen der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder soll der Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig gestärkt und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessert werden. Jährlich stehen bis 2025 533 Millionen Euro und ab 2026 687 Millionen Euro dafür zur Verfügung, die vom Bund und den jeweiligen Sitzländern im Verhältnis 75:25 bereitgestellt werden.

Die 14 Cluster aus Nordrhein-Westfalen im Überblick:

BCDSS - Bonn Center for Dependency and Slavery Studies – Beyond Slavery and Freedom (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn): Forscherinnen und Forscher aus verschiedenen geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern untersuchen aus fachspezifischen, aus inter- und transdisziplinären Perspektiven tiefgreifende soziale Abhängigkeitsverhältnisse wie Sklaverei, Leibeigenschaft, Schuldknechtschaft und andere Formen der dauerhaften Abhängigkeiten über Epochen, Regionen und Kulturen hinweg. Weitere Infos finden Sie [hier](#).

CASA - Cyber Security in the Age of Large-Scale Adversaries (Ruhr-Universität Bonn): Hier dreht sich alles um Cybersicherheit. Forschungsthemen sind unter anderem Kryptographie und sichere Software für das Zeitalter der Quantencomputer, Hardwaresicherheit, nutzerfreundliche Sicherheit, Künstliche Intelligenz und Fairness. CASA arbeitet erfolgreich daran, zur Sicherheit öffentlicher Institutionen, kritischer Infrastrukturen, von Wahlen, von Unternehmen und von Bürgerinnen und Bürgern beizutragen. Weitere Infos finden Sie [hier](#).

CECAD – Exzellent in Altersforschung (Universität zu Köln): Der Cluster erforscht Alterungsprozesse und altersbedingte Krankheiten wie Diabetes und Übergewicht sowie Nieren-, Haut- und neurodegenerativer Erkrankungen – beispielsweise Alzheimer. Teil der Forschung ist es, molekulare und zelluläre Mechanismen des Alterns aufzuklären, um neue Ansätze für die Prävention, Diagnose und Behandlung zu entwickeln. Weitere Infos finden Sie [hier](#).

CEPLAS - SMARTe Pflanzen für die Anforderungen von morgen (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Universität zu Köln): Der Klimawandel und ein Rückgang von natürlichen Ressourcen bedrohen die weltweite Pflanzenproduktion. Gleichzeitig steigt die globale Nachfrage nach pflanzlichen Produkten rasant. Der Cluster betreibt Grundlagenforschung für innovative Strategien, wie diese großen Herausforderungen gemeistert werden können. Weitere Infos finden Sie [hier](#).

ECONtribute - Märkte & Public Policy (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Universität zu Köln): Dieser gemeinsame Cluster der Universitäten Bonn und Köln betreibt Grundlagenforschung zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Faktoren, die das menschliche Verhalten beeinflussen. Übergeordnetes Ziel ist es, den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik zu fördern. Weitere Infos finden Sie [hier](#).

FSC - The Fuel Science Center (RWTH Aachen): Mehr als 150 Forscherinnen und Forscher arbeiten an der Zukunft der Mobilität. Kernthema ist die Entwicklung von flüssigen Energieträgern wie beispielsweise „Bio-hybrid Fuels“, die eine hocheffiziente und saubere Verbrennung ermöglichen und so als nachhaltige Kraftstoff-Alternative genutzt werden können. Weitere Infos finden Sie [hier](#).

HCM - Hausdorff Center for Mathematics: Grundlagen, Modelle, Anwendungen (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn): Deutschlands erstes Mathematik-Exzellenzcluster wird seit 2006 gefördert und hat zum Ziel Spitzenforschung im Bereich der Mathematik und ihrer Anwendungen voranzubringen. Seine Bandbreite erstreckt sich von ambitionierter Grundlagenforschung und mathematischer Modellierung bis zu industriellen, ökonomischen und medizinischen Anwendungen. Weitere Infos finden Sie [hier](#).

ImmunoSensation² - Das immunsensorische System (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn): Dieser Cluster erforscht das menschliche Immunsystem über die Grenzen der klassischen Immunologie hinaus, um es besser zu verstehen. Im Kern der Arbeit stehen die Immun-Sensoren, die Rezeptoren des angeborenen Immunsystems, und deren Beteiligung an der Entstehung von Volkskrankheiten wie Krebs und Neurodegeneration. Weitere Infos finden Sie [hier](#).

IoP - Internet of Production (RWTH Aachen): In Folge der Digitalisierung gibt es riesige Datenmengen – auch in der Produktionstechnik. Zum Großteil werden sie aber

noch nicht genutzt. Der Cluster bringt Disziplinen wie Ingenieurwissenschaften, Materialwissenschaften, Informatik und Betriebswirtschaftslehre zusammen, um Produktionstechnik zu revolutionieren. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Mathematik Münster - Dynamik – Geometrie – Struktur (Universität Münster): Der Cluster verknüpft verschiedene mathematische Bereiche miteinander, um auf diese Weise umfassende Ansätze zu entwickeln, die bedeutende mathematische Probleme lösen und neue Anwendungsbereiche erschließen. Die Ergebnisse sind wichtige Grundlagen für andere Forschungsbereiche wie Künstliche Intelligenz, Wirtschaftsökonomie, bildgebende Verfahren, Material- und Lebenswissenschaften. Weitere Infos finden Sie [hier](#).

ML4Q - Materie und Licht für Quanteninformation (Universität zu Köln, RWTH Aachen und Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn): Quantencomputing ist eine der großen Zukunftstechnologien. Die Forscherinnen und Forscher dieses Clusters zählen international zu absoluten Spitze und entwickeln neuartige Konzepte für diese vielversprechende Technologie. Themen sind etwa Grundlagenforschung in Quantenmaterie bis hin zu Algorithmen, über vier Qubit-Plattformen in unterschiedlichen Entwicklungsstadien: supraleitende, Rydberg-, Spin- und topologische Qubits. Weitere Infos finden Sie [hier](#).

PhenoRob - Robotik und Phänotypisierung für Nachhaltige Nutzpflanzenproduktion (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn): Die Produktion von Nutzpflanzen für Lebensmittel oder Rohstoffe spielt eine essentielle Rolle für die Zukunft und steht vor mehreren Herausforderungen. Begrenzte Ackerflächen und Nährstoffe sowie negative Folgen von Dünger sind einige davon. Unter anderem mit KI und Robotik arbeiten die Forscherinnen und Forscher daran, neue Wege für die Landwirtschaft zu entwickeln. Weitere Infos finden Sie [hier](#).

Religion und Politik - Dynamiken von Tradition und Innovation (Universität Münster): Der Cluster untersucht das komplexe Verhältnis von Religion und Politik quer durch die Epochen und Kulturen. Mit mehr als 150 Forscherinnen und Forschern aus 25 Fächern der Geistes- und Sozialwissenschaften ist er der größte Forschungsverbund dieser Art in Deutschland und der einzige Exzellenzcluster zum Thema Religion. Weitere Infos finden Sie [hier](#).

RESOLV - Ruhr Explores Solvation – Verständnis und Design lösungsmittelabhängiger Prozesse (Ruhr-Universität Bochum und TU Dortmund): Zahlreiche chemische Reaktionen, wichtige industrielle Prozesse und nahezu alle biologischen Vorgänge finden in Lösung statt, wobei Wasser das häufigste Lösungsmittel ist. Der Cluster hat Solvation Science als neues interdisziplinäres Forschungsfeld etabliert und die Rolle von Lösungsmitteln als aktiven Teilnehmer von chemischen Prozessen neu definiert. Die Erkenntnisse können beispielsweise für die Optimierung von Wirkstoffen genutzt werden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Großer Erfolg für Universität Duisburg-Essen: Krebsforscherin Dana Branzei für Humboldt-Professur ausgewählt

Nordrhein-Westfalen Spitzenreiter bei Alexander von Humboldt-Professuren / Höchstdotierter Forschungspreis Deutschlands

Die renommierte Molekularbiologin Dr. Dana Branzei ist für eine Humboldt-Professur an der Universität Duisburg-Essen ausgewählt worden – Deutschlands höchstdotierten Forschungspreis. Das gab die Alexander von Humboldt-Stiftung heute, 13. Juni, bekannt. Dr. Branzei ist aktuell am Krebsforschungszentrum IFOM in Mailand tätig und kann nun ins Ruhrgebiet wechseln. Nach erfolgreicher Berufungsverhandlung mit der Uni Duisburg-Essen wird sie mit der Humboldt-Professur ausgezeichnet und mit bis zu 5 Millionen Euro gefördert. Bislang ging die Auszeichnung 30 Mal nach Nordrhein-Westfalen – das ist bundesweit Spitze!

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Über diese Auszeichnung freue ich mich dreifach: Für Dana Branzei ist es die verdiente Bestätigung für ihre Forschungsarbeit auf internationalem Spitzenniveau. Für die Universität Duisburg-Essen bedeutet die Humboldt-Professur eine weitere Verstärkung im Kampf gegen die Volkskrankheit Krebs. Und für das Forschungsland Nordrhein-Westfalen ist es Ausweis einer starken Anziehungskraft für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit weltweitem Renommee. Hier finden sie die Bedingungen, die sie für erfolgreiche Forschung brauchen. In kein anderes Land wurden so viele Humboldt-Professuren vergeben wie nach Nordrhein-Westfalen.“

Die Rektorin der Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Barbara Albert: „In der Universitätsallianz Ruhr bieten wir mit unseren gemeinsamen Research Centern großartigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein hochattraktives Forschungsumfeld. Wir sind sehr glücklich, mit Dana Branzei eine Forscherin für unsere Universität begeistert zu haben, die in One Health Ruhr sowie an unserer Fakultät für Biologie und am Zentrum für medizinische Biotechnologie eine bedeutsame Rolle spielen und großartige Wirkung entfalten kann. Die erfolgreiche Bewerbung um die Humboldt-Professur ist ein toller Erfolg für die molekularbiologische Spitzenforschung an der Universität Duisburg-Essen. Frau Branzei ist eine herausragende Wissenschaftlerin und wird mit ihrer Expertise unsere international herausragende Krebsforschung bereichern.“

Die Humboldt-Professur ist Deutschlands höchstdotierter Forschungspreis und bringt internationale Spitzenkräfte an deutsche Hochschulen. Der Preis wird von der Alexander von Humboldt-Stiftung vergeben. Mit der Humboldt-Förderung wird eine langfristige Forschungsplanung für neue Teams von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gesichert. Entscheidend sind neben der herausragenden wissenschaftlichen Qualifikation der Kandidatinnen und Kandidaten die strategischen Konzepte der

Hochschulen, die den Forscherinnen und Forschern und ihren Teams eine dauerhafte Perspektive in Deutschland bieten sollen.

Dr. Dana Branzei

Die renommierte Expertin für Molekularbiologie forscht derzeit am Institut für molekulare Onkologie in Mailand zu Mechanismen der DNA-Reparatur. Damit trägt sie zum grundlegenden Verständnis von Krebsentstehung und -therapien bei. An der Universität Duisburg-Essen soll sie nun an das Research Center One Health Ruhr der Research Alliance Ruhr berufen werden. Dr. Branzei ist bereits mehrfach ausgezeichnet worden – unter anderem mit zwei ERC-Grants. Die Forscherin stammt aus Rumänien und ist seit 2008 in Mailand tätig.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Nordrhein-Westfalen und Sachsen rücken noch näher zusammen**Gemeinsame Sitzung der Landesregierungen in Leipzig: Beschlüsse zu den Themen Wandel durch Technologie, zur Krankenhausreform, zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur Einführung einer Elementarschaden-Pflichtversicherung**

Die Länder Nordrhein-Westfalen und Sachsen rücken noch näher zusammen. Beide Länder wollen ihre Kooperation vertiefen und sich noch stärker bei ihren Erfahrungen vor allem in den Bereichen Strukturwandel und Digitalisierung austauschen. Darauf verständigten sich die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und Sachsens Staatsregierung in ihrer gemeinsamen Sitzung am Dienstag, 11. Juni 2024, unter der Leitung der Ministerpräsidenten Hendrik Wüst und Michael Kretschmer in Leipzig.

Die Kabinette fassten unter anderem Beschlüsse zu den Themen Wandel durch Technologie, zur Krankenhausreform, zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur Einführung einer Elementarschaden-Pflichtversicherung.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Nordrhein-Westfalen und Sachsen verbinden gemeinsame Herausforderungen, gerade mit Blick auf den Strukturwandel. Unsere Kooperation zwischen Ost und West hat Tradition. Diese vertrauensvolle Zusammenarbeit wollen wir wahren und ausbauen – gerade mit Blick auf die gemeinsamen Potenziale. Nordrhein-Westfalen und Sachsen gehen gemeinsam einen Weg von der Kohle zur KI. Wir entwickeln uns zu europaweit führenden Standorten für die Entwicklung und Anwendung von KI. Unsere Länder sprechen mit einer gemeinsamen, mit einer starken Stimme beim Bund vor. Wir arbeiten an Politik für die Menschen, für stärkeres Vertrauen und mehr Zusammenhalt zwischen Ost und West.“

Ministerpräsident Michael Kretschmer betonte: „Wir Sachsen sind dankbar für die Zusammenarbeit und Kooperation mit Nordrhein-Westfalen – gerade im Bereich des Strukturwandels. Wir haben zusammen mit Sachsen-Anhalt und Brandenburg das Investitionsgesetz zur Stärkung der Kohleregionen gemeinsam vorangebracht. Es ist enorm wichtig, dass die vereinbarten 40 Milliarden Euro wirklich investiert werden und sich die Dinge auch realisieren.“

Wichtig ist zudem, dass wir die Chancen des Föderalismus nutzen. Nordrhein-Westfalen und Sachsen sind an der Seite der Kommunen. Wir sehen mit Sorge auf das Defizit bei den deutschen Kommunen, weil Bundesgesetze sie unter Wasser drücken. Wer wie der Bund Leistungsgesetze beschließt, muss auch dafür sorgen, dass die Gelder bei den Kommunen ankommen, wo die Aufgabe erledigt wird.“

Wandel durch Technologie – die Zukunftsstandorte Nordrhein-Westfalen und Sachsen

Nordrhein-Westfalen und Sachsen sind nicht zuletzt durch erfolgreiche Ansiedlungen in den vergangenen Monaten Hochtechnologie-Standorte. Bestehende und neue Unternehmen benötigen für erfolgreiches Wachstum exzellente Rahmenbedingungen. Landesregierung und Staatsregierung streben daher einen intensiven Austausch zu bestmöglichen Vorgehen bei Genehmigungsverfahren, Infrastrukturmaßnahmen, Forschung und Entwicklung sowie beim Fachkräftebedarf an. So sollen neue Impulse für den Ausbau von weiteren technologieorientierten und digitalen Wirtschaftssystemen gesetzt und beide Länder als herausragende Standorte für Technologie in Europa positioniert werden.

Strukturwandel

Der Strukturwandel hat sowohl im Rheinischen Revier als auch in den sächsischen Teilen des Mitteldeutschen Reviers und des Lausitzer Reviers erfolgreich begonnen und die Erfolge der ersten Maßnahmen sind zu sehen. Nordrhein-Westfalen und Sachsen begrüßen, dass der Bund nun die seitens der Länder geforderten Verbesserungen am strukturpolitischen Instrumentarium folgen lässt. Für einen gelungenen Strukturwandel müssen die Attraktivität der Braunkohleregionen gesteigert und neue, sichere Arbeitsplätze mit neuen Wertschöpfungspotenzialen entstehen.

Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Staat Israel und Bekämpfung des Antisemitismus - Verbindungsbüro Israel

Nordrhein-Westfalen und Sachsen wollen zukünftig gemeinsame Projekte mit Partnern in Israel durchführen. Bei der Zusammenarbeit sollen Projekte in den Bereichen Digitalisierung und KI, Gesundheitswesen und Biotechnologie, Energie und Ressourcen sowie Sport-, Jugend- und Kulturaustausch umgesetzt werden. Durch die Einbeziehung von Projektpartnern aus Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Israel sollen Synergieeffekte erzielt werden, von denen alle Seiten profitieren. Sachsen will dadurch die Beziehungen des Freistaats zu Israel weiter vertiefen und die Etablierung einer sächsischen Präsenz vor Ort prüfen.

Bekämpfung Antisemitismus

Die Länder Nordrhein-Westfalen und Sachsen sprechen sich klar für die Bekämpfung von Antisemitismus aus. Die Verbreitung antisemitischer Positionen und Leugnung des Existenzrechts Israels im Rahmen von Versammlungen erfordern eine klare Antwort des Rechtsstaats. Sachsen unterstützt die von Nordrhein-Westfalen eingebrachte Bundesratsinitiative zur Prüfung des Straf- und Staatsangehörigkeitsrechts. Voraussetzung für eine Einbürgerung in Deutschland muss ein klares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels sein. Die Leugnung des Existenzrechts Israels soll unter Strafe gestellt werden, indem der Straftatbestand der Volksverhetzung verschärft wird.

Beide Länder sind sich darin einig, dass Aufklärung über antisemitische Stereotype und Handlungsmuster sowie Antisemitismusprävention an Schulen wichtige Handlungsfelder sind. Die Landesregierungen verfolgen das Ziel, jeder Schülerin und jedem Schüler mindestens einmal im Schulleben einen Gedenkstättenbesuch zu ermöglichen.

Sicherheitslage

Die Landesregierungen haben sich zur aktuellen Sicherheitslage ausgetauscht. Insbesondere standen bei den Gesprächen die Themen Clankriminalität, Kindesmissbrauch und das Erstarken extremistischer Kräfte im Fokus. Hier waren sich die Landesregierungen einig, dass die Sicherheitsbehörden im digitalen Zeitalter nicht mit rechtlichen Rahmenbedingungen aus dem Jahrhundert der Wählscheibentechnik ihr Ziel erreichen werden. Die Innenminister Herbert Reul und Armin Schuster plädierten für eine leistungsfähige Verkehrsdatenspeicherung, wie sie der Europäische Gerichtshof für geboten hält.

Elementarschaden-Pflichtversicherung

Beide Landesregierung sind sich einig, dass die Bundesregierung – wie von den Ländern seit Langem gefordert – zeitnah einen Regelungsvorschlag für die Einführung einer Elementarschaden-Pflichtversicherung vorlegen muss, sodass ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden kann.

Der Bund sollte die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um die Menschen bei der finanziellen Risikoversorge vor Naturgefahren und insbesondere mit Blick auf zunehmende Extremwetterereignisse besser zu unterstützen. Viele Menschen stehen nach Katastrophen vor existenziellen finanziellen Schäden, die weder die Betroffenen alleine noch die staatliche Solidargemeinschaft tragen können. Es bedarf daher einer versicherungsrechtlichen Lösung, die den Namen einer Pflichtversicherung verdient.

Einstein-Teleskop

Nordrhein-Westfalen und Sachsen bekennen sich zum Großprojekt „Einstein-Teleskop“, das als eine Großforschungsinfrastruktur von internationalem Rang für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Europa und Deutschland von großer Bedeu-

tung sein wird. Beide Ländern fordern die Bundesregierung auf, zu den zur Verfügung gestellten Mitteln für Machbarkeitsstudien eine volle und aktive Beteiligung an diesem europäischen Projekt und im Board of Governmental Representatives (BGR) anzustreben. Ebenso muss ein maßgeblicher Teil eines deutschen Beitrags zum Einstein-Teleskop der Bund leisten, da die Finanzierung internationaler Forschungsinfrastruktur in seinen Zuständigkeitsbereich fällt.

Krankenhausreform

Die Landesregierungen Nordrhein-Westfalen und Sachsen bekräftigen, dass wesentliche Änderungen am Entwurf des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes erforderlich sind, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Bisher sind weder die Ausgestaltung der gewünschten Vergütungssystematik noch deren Auswirkungen klar. Insbesondere die Vergütung von in der Fläche bedarfsnotwendigen Krankenhäusern bleibt unklar. Die geplanten Regelungen beinhalten darüber hinaus insgesamt weitere Fehlanreize, die die Versorgung gefährden können. Beide Länder erwarten, dass die einvernehmlich verabschiedeten Forderungen der Gesundheitsministerkonferenz im weiteren parlamentarischen Verfahren von Bund und den die Bundesregierung tragenden Fraktionen berücksichtigt werden. Darin besteht zudem ein besonderes hervorzuhebendes Einvernehmen aller Bundesländer.

Pflegeversicherung

Die Kosten in der Pflege steigen weiter, insbesondere die Eigenanteile überfordern immer mehr Pflegebedürftige und Angehörige. Die notwendige umfassende Reform des Pflegeversicherungsrechts durch den Bund steht nach wie vor aus und die drängenden Herausforderungen der Finanzierung werden immer weiter verschoben. Nordrhein-Westfalen und Sachsen weisen deutlich auf den Mangel einer Gesamtstrategie des Bundes hin - vor allem mit Blick auf eine dringend erforderliche Klärung der Finanzierung sowie der strukturellen Weiterentwicklung hin zu flexibleren Regelungen für die Versorgung.

Umgang Bund mit Kommunen

In den Ländern Nordrhein-Westfalen und Sachsen übernehmen die insgesamt 814 Städte und Gemeinden sowie 41 Landkreise überwiegend den Vollzug von Bundesrecht. Wenn der Bund mit seinen Gesetzen zusätzliche Aufgaben schafft, darf er Länder und Kommunen nicht auf den Kosten sitzen lassen. Vielmehr müssen solche Gesetze stets mit einer Regelung für eine vollständige und dauerhafte Kompensation der damit verbundenen Mehrbelastungen einhergehen.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen und die Sächsische Staatsregierung betonen in diesem Zusammenhang die herausragende Bedeutung der Kommunen als tragende Säule unserer Gesellschaft. Die unermüdliche Arbeit in den Kommunen ist für den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes unverzichtbar. Hierfür gebührt allen Kommunen Respekt und Dank.

DigitalPakt Schule 2.0

Nordrhein-Westfalen und Sachsen fordern den Bund auf, die Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung über einen Digitalpakt 2.0 auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfs zügig abzuschließen. Die fortlaufende digitale Transformation der Bildungslandschaft stellt eine gesamtstaatlich bedeutsame Daueraufgabe dar. Die Fortsetzung der Finanzierung über einen Digitalpakt (DPS) 2.0 ist deshalb entscheidend, um den positiven Impuls der bisher bewilligten und bereits abgeschlossenen Strukturen und Projekte aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen. Beide Landesregierungen erwarten deshalb vom Bund, keine weiteren Hürden aufzubauen, die eine Einigung mit den Bundesländern unmöglich machen würden.

Weimarer Dreieck – Impulsgeber für die regionale Zusammenarbeit in der EU

Nordrhein-Westfalen und Sachsen sehen in der engeren Zusammenarbeit Deutschlands, Polens und Frankreichs im sogenannten „Weimarer Dreieck“ eine besondere Chance für die Stärkung Europas. Dabei sollte es aber nicht nur um ein verteidigungspolitisches Konsultationsforum der nationalen Regierungen gehen. Es gilt das Weimarer Dreieck von unten durch die Kooperationen der Regionen und der Zivilgesellschaft zu beleben und zu festigen, weshalb das sächsische Europaministerium beispielsweise die Ausrichtung des ersten „Tages des Weimarer Dreiecks in Sachsen“ am 31.05.2024 im Goethe-Institut Dresden gefördert hat.